

Berufsbildende Schulen in der regionalen Bildungslandschaft

Potenziale für ein vielfältiges Bildungsangebot



KATHARINA HÄHN

Dipl.-Päd., wiss. Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung »Bildung und Erziehung im Strukturwandel« (BEST) am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen



SYBILLE STÖBE-BLOSSEY

PD Dr., Dipl.-Soz.wiss., Leiterin der Forschungsabteilung »Bildung und Erziehung im Strukturwandel« (BEST) am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen

Der demografische Wandel erfordert insbesondere im ländlichen Raum Strategien zur Sicherung und Weiterentwicklung eines vielfältigen Bildungsangebots. Berufsbildende Schulen bieten dafür wichtige Potenziale, die sich nicht zuletzt aus der Verknüpfung von allgemeiner und beruflicher Bildung ergeben. Vor diesem Hintergrund wird die Frage diskutiert, wie diese Potenziale in einer regionalen Bildungslandschaft durch eine strategische Entwicklungsplanung und die Kooperation der Akteure ausgeschöpft werden können. Grundlage des Beitrags ist ein exploratives Projekt zur Rolle der berufsbildenden Schulen in der kommunalen Bildungspolitik.

Demografische Entwicklung und regionales Bildungsangebot

Die demografische Entwicklung trifft die Regionen in sehr unterschiedlicher Weise. Dies zeigt sich z.B., wenn man nordrhein-westfälische Kommunen (Städte und Kreise) mit Blick auf Prognosen zur Entwicklung der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen miteinander vergleicht (vgl. Abb. 1, S. 44) – der Altersgruppe also, die sich im Übergang vom Schul- in das Berufsbildungssystem befindet.

Demnach sind Landkreise vom Geburtenrückgang durchschnittlich stärker betroffen als Städte, wobei die Entwicklung im Umfeld von Großstädten weniger gravierend ist als in Randbereichen: So schrumpft die genannte Altersgruppe zwischen 2011 und 2025 im Rhein-Erft-Kreis bei Köln um voraussichtlich nur 13,9, im Kreis Siegen-Wittgenstein hingegen um 33,8 Prozentpunkte. Neben dem Geburtenrückgang stellt in den Kreisen die Abwanderung junger Menschen oft ein zusätzliches Problem dar.

Eine »demografiesensible« Bildungspolitik ist daher im ländlichen Raum besonders notwendig. Kreise können durch eine bewusste Gestaltung attraktiver Bildungswege zur Bindung der jungen Bevölkerung an die Region beitragen. Eine solche Bildungspolitik zielt sowohl auf eine Erhöhung der Bildungsbeteiligung als auch auf Qualifizierungsstrategien, die eine breite Grundbildung mit auf dem Arbeitsmarkt benötigten Kompetenzen verknüpfen. Die nordrhein-westfälischen Berufskollegs leisten eine solche Verknüpfung bereits, indem sie in ihren Angeboten allgemeine und berufliche Inhalte verbinden und in einigen Bildungsgängen die Kombination von beruflichen

Kenntnissen oder Abschlüssen mit dem Erwerb von Schulabschlüssen ermöglichen.

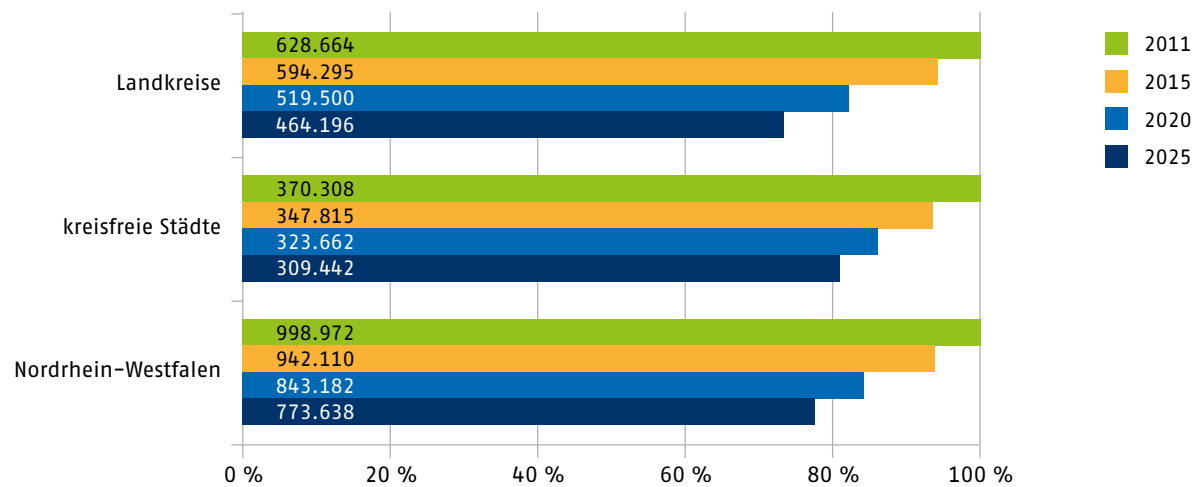
Sinkende Schülerzahlen stellen jedoch auch Berufskollegs vor neue Herausforderungen. Werden erforderliche Mindesteingangszahlen nicht mehr erreicht, ist der Fortbestand bestehender Bildungsgänge oder auch ganzer Schulstandorte gefährdet. Damit würden auch Fachklassen für Ausbildungsgänge im dualen System wegfallen, was für Unternehmen im ländlichen Raum – mangels nahe gelegener Alternativen – eine weitere Beteiligung an den entsprechenden dualen Ausbildungen unattraktiver macht. Umso bedeutender wird es, Berufskollegs als relevante Netzwerkpartner in der Bildungslandschaft zu verankern und ihren gesellschaftlichen und ökonomischen Beitrag durch eine strategische Planung weiterzuentwickeln. Bildungsgänge, die zum Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife (AHR) oder Fachhochschulreife (FHR) führen, bieten hierfür vielfältige Potenziale. Sie standen im Mittelpunkt eines explorativen Projekts am Institut Arbeit und Qualifikation (vgl. Kasten, S. 44). Das Projekt bildet die Basis für die folgenden Ausführungen, wobei angesichts der besonderen Herausforderungen ländliche Regionen schwerpunktmäßig berücksichtigt werden.

Potenziale berufsbildender Schulen: Vielfältige Bildungsangebote für heterogene Zielgruppen

Die Funktion berufsbildender Schulen wird häufig auf ihre Rolle im dualen Ausbildungssystem einerseits und im Übergangssystem andererseits reduziert wahrgenommen. Berufskollegs verfügen jedoch außerdem – bspw. mit Hö-

Abbildung 1

Prognose zur Entwicklung der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen
(Mittelwerte aller Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen)



Quelle: IT.NRW, eigene Berechnung

heren Berufsfachschulen und Wirtschaftsgymnasien – über ein breites Angebotsspektrum, das zur Bildungsvielfalt in der Region beiträgt: Viele Bildungsgänge verknüpfen die Vergabe der AHR oder FHR mit der Vermittlung beruflicher Kenntnisse (bspw. in den Schwerpunkten »Technik« oder »Wirtschaft und Verwaltung«) oder mit einem Berufsabschluss (bspw. einem Assistentenberuf nach Landesrecht). Die befragten Akteure gehen davon aus, dass solche verknüpften Bildungsgänge zu einem Abbau von Bildungsbenachteiligung beitragen können¹, denn erfahrungsgemäß kommt die Vermittlung beruflicher Inhalte sowohl der familiären Prägung als auch den Präferenzen von Jugendlichen aus bildungsbenachteiligten Milieus stärker entgegen als allgemeinbildende Angebote.

Im Ruhrgebiet bescheinigten Schülerbefragungen an zwei Berufskollegs den berufsbildenden Schulen »eine Schlüsselstellung für die Bildungsbeteiligung von Migranten« (vgl. HARNEY/HARTKOPF 2008, S. 44).

In ländlichen Regionen mit traditionell geringen Abiturientenquoten dürfte diese Schlüsselstellung für viele Jugendliche aus Familien ohne akademischen Hintergrund relevant sein. Zudem stellen berufsbildende Schulen insbesondere bei geringer Gymnasialdichte und weiten Wegen eine Ergänzung der bestehenden Schullandschaften um Angebote zum Erreichen der Hochschulreife dar (vgl. WEISHAUPT 2014, S. 18).

Daran sind viele Jugendliche interessiert: So zeigten Schülerbefragungen im Rhein-Erft-Kreis, dass knapp zwei Drit-

tel der Achtklässler an Realschulen die allgemeine oder Fachhochschulreife anstreben (vgl. RAHN 2013), und zwar jeweils etwa zur Hälfte über eine allgemein- oder eine berufsbildende Schule. Nicht alle streben anschließend einen akademischen Bildungsweg an. Die Interviewten berichten fast durchgängig, dass Schüler/-innen mit dem Erwerb einer FHR den – tatsächlichen oder wahrgenommenen – Ansprüchen der dual ausbildenden Betriebe gerecht werden möchten.

Projekt »Die Rolle berufsbildender Schulen in der kommunalen Bildungspolitik«

Im Mittelpunkt des Projekts stand die Frage, wie berufsbildende Schulen über die Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung zu einem vielfältigen Bildungsangebot in der Region beitragen (können) und wie diese Entwicklung im Kontext regionaler Bildungslandschaften gestaltet wird. Das Projekt umfasste

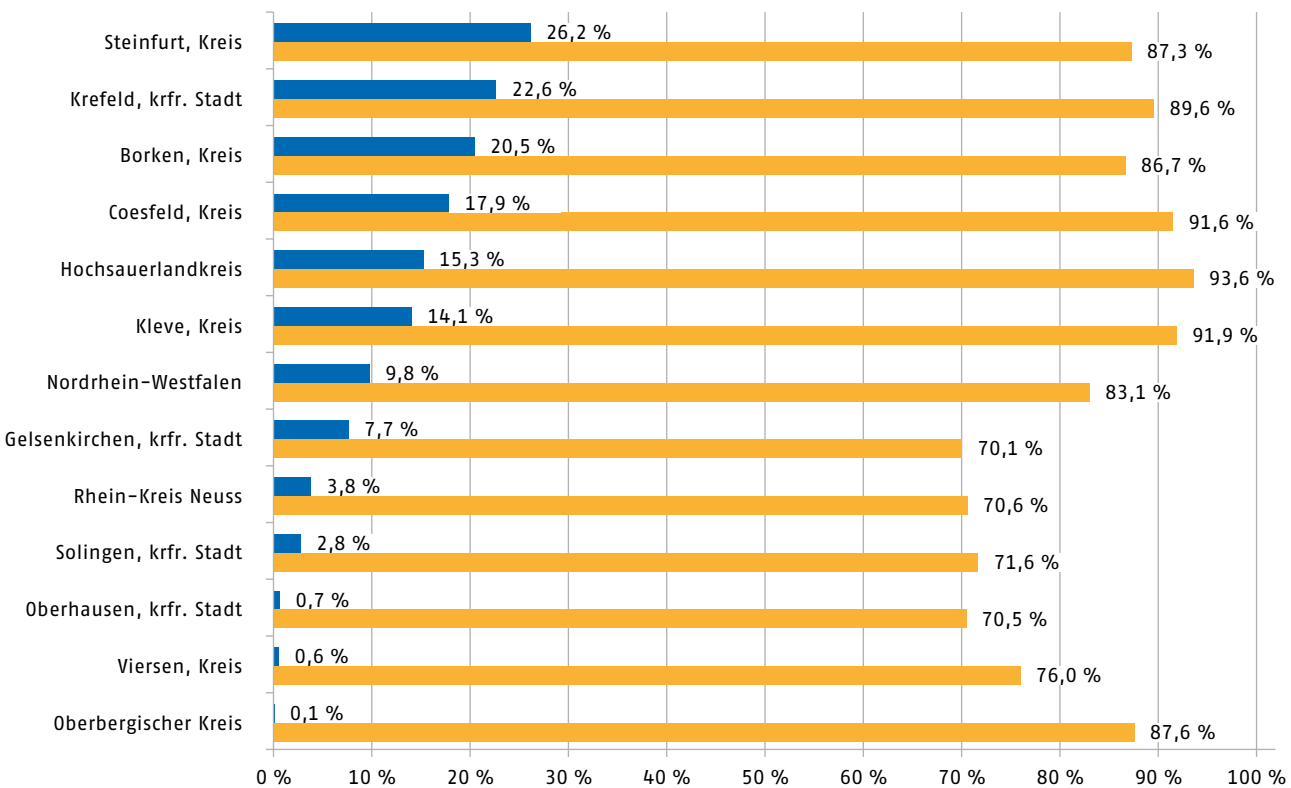
- Analyse von Sekundärdaten der amtlichen Statistik zu den jeweils an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erreichten Hochschulzugangsberechtigungen in nordrhein-westfälischen Kommunen;
- Internetrecherchen zur kommunalen Bildungspolitik mit ergänzenden Expertengesprächen zu einzelnen Projekten;
- Fallstudien in drei Kommunen (15 leitfadengestützte Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und der berufsbildenden Schulen; Herbst 2012);
- die Fachtagung »Bildungsgrenzen überschreiten – Die Rolle der berufsbildenden Schule in der kommunalen Bildungspolitik« am 21. Juni 2013 mit Stellungnahmen von Expertinnen und Experten sowie Praxisberichten (vgl. www.iaq.uni-due.de/aktuell/veranst/2013/20130621.php Stand: 29.07.2014).

Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen

¹ Anzumerken ist, dass dieser Einschätzung keine gesicherten Erkenntnisse zugrunde liegen. Von Interesse wären empirische Studien, die den bildungsbiografischen Stellenwert verknüpfter Bildungsgänge im Hinblick auf die Herkunft der Schüler/-innen und den weiteren Verlauf des Bildungswegs untersuchen.

Abbildung 2

Anteil der an berufsbildenden Schulen erworbenen Abschlüsse an allen AHR und FHR im Schuljahr 2011/12 (ausgewählte Schulträgerbereiche in NRW; Angaben in Prozent)



Quelle: IT.NRW, eigene Berechnung

■ Allgemeine Hochschulreife ■ Fachhochschulreife

Dabei betonen die befragten Berufsschulleitungen, dass es sich bei den verknüpften Bildungsgängen keineswegs um »leichtere« Wege handelt. Gleichwohl können einige Jugendliche ihre Chancen auf einen höherwertigen Schulabschluss verbessern, wenn sie frühzeitig ihren Fähigkeiten entsprechende Schwerpunkte (bspw. im technischen Bereich) setzen können. Dies ist am Berufskolleg eher möglich als in einer allgemeinbildenden Oberstufe. Damit verbunden sind Ansatzpunkte für bildungs- und beschäftigungspolitische Strategien, um dem Fachkräftemangel in der regionalen Wirtschaft entgegenzutreten. Schnittstellen zu vor- und nachgelagerten Bildungsinstitutionen können genutzt werden, um einerseits junge Menschen über attraktive Bildungswege an die Region zu binden und andererseits Berufskollegs als zentrale Akteure und wichtige Partnerinstitutionen in der Bildungslandschaft zu stärken.

Berufsbildende Schulen als Partner in der regionalen Bildungslandschaft

Kommunen entwickeln in zunehmendem Maße bildungspolitische Initiativen (vgl. RATERMANN/STÖBE-BLOSSEY 2012), ein Trend, der teilweise durch Landesprogramme oder durch Bundesprogramme wie »Lernende Regionen –

Förderung von Netzwerken« (2001 bis 2008) und »Lernen vor Ort« (2009 bis 2014) unterstützt wird. Bislang werden dabei die Potenziale verknüpfter Bildungsgänge regional höchst unterschiedlich ausgeschöpft. Dies zeigt sich bspw. an den je nach Kommune unterschiedlichen Anteilen der Berufskollegs, an denen die Hochschulreife erworben wurde (vgl. Abb. 2). Diese Situation führt zu der Frage nach den Handlungsoptionen kommunaler Bildungspolitik, die im Folgenden diskutiert werden sollen.

Die Rolle der regionalen Wirtschaft

Verknüpfte Bildungsgänge werden teilweise kontrovers betrachtet, insbesondere dann, wenn sie über berufliche Kenntnisse hinaus einen Berufsabschluss vermitteln. Da sich in einigen Bereichen ein Mangel an Ausbildungsanwärter/-innen für das duale System abzeichnet, wird von Seiten der Wirtschaftsverbände eine Konkurrenzsituation wahrgenommen, wie sich bspw. an einem Positionspapier der Industrie- und Handelskammern in NRW vom 29. Januar 2013 zeigt: »Nur dort, wo es keine adäquaten Angebote der Wirtschaft gibt, gibt es eine Rechtfertigung für ein staatliches Engagement (z. B. in den Bereichen Pflege, Erziehung, Soziales). Schulabgänger stehen so der Wirtschaft

frühzeitig als Nachwuchskräfte zur Verfügung (...). Neue vollzeitschulische Bildungsangebote dürfen nur im Einvernehmen mit der Wirtschaft eingerichtet werden« (S. 2). Insofern ist die Einrichtung von verknüpften Bildungsgängen vor Ort oft von Konflikten begleitet, wie auch Diskussionen bei der Fachtagung im Rahmen des Projekts zeigten. So verbuchte es der Leiter eines Berufskollegs als Erfolg, dass sein Schulträger einen von seiner Schule vorgeschlagenen Bildungsgang »auch gegen den Willen der Kammer« eingerichtet habe. Konfrontation, so einige Teilnehmenden, führe jedoch nicht weiter; besser sei es, vor Ort einen Konsens über die Entwicklung des regionalen Berufsbildungsangebots herzustellen. Vereinzelt wurde von erfolgreichen Kooperationen berichtet, bspw. von Prozessen der Schulentwicklungsplanung unter Beteiligung unterschiedlicher Akteure oder von unternehmensbezogenen Bedarfserhebungen im Vorfeld der Konzipierung neuer Bildungsgänge. Für die regionale Wirtschaft kann eine solche Entwicklung durchaus attraktiv sein: In einer Projekt-Fallstudie zeigte sich bspw., dass Unternehmen die Absolventinnen und Absolventen verknüpfter Bildungsgänge als interessante, fachlich gut vorbereitete Zielgruppe für duale Studiengänge entdeckt haben. Aufgabe kommunaler Bildungspolitik ist es in diesem Kontext, Foren der Kooperation zu organisieren, in denen Chancen bildungspolitischer Strategien diskutiert und gemeinsame Lösungen gefunden werden können.

Schulentwicklungsplanung und Schnittstellen zum allgemeinbildenden Schulsystem

Die Einbeziehung der berufsbildenden Schulen in die Schulentwicklungsplanung ist nicht überall selbstverständlich. Noch weniger selbstverständlich ist es, die Wirtschaft in diesen Prozess zu integrieren. Des Weiteren zeigen die Befragungen im Projekt, dass es an Transparenz über die Angebote an Berufskollegs mangelt (vgl. BÖCKLER 2010): In allen Fallstudien thematisierten die Leitungen der Berufskollegs fehlende Kenntnisse über die Angebote und Aufstiegschancen an berufsbildenden Schulen – bei Lehrkräften der allgemeinbildenden Schulen, bei den Eltern und auch bei den Jugendlichen. Auch im Hinblick auf die politische Ebene in den Schulausschüssen nehmen die befragten Schulleitungen Informationsdefizite wahr. Im ländlichen Raum ergeben sich zusätzliche Schwierigkeiten durch unterschiedliche Schulträgerschaften, wenn der Kreis für die berufsbildenden Schulen und die einzelne Gemeinde für das allgemeinbildende Schulwesen zuständig ist. Aktuell zeigt sich dieses Problem bspw. bei der Einrichtung neuer Schulformen, die faktisch an die Stelle der bisherigen Haupt- und Realschulen treten und ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Für kreisangehörige Kommunen ist bei Errichtung einer solchen Schule oft das

Ziel attraktiv, vor Ort eine gymnasiale Oberstufe vorzuhalten. Daher geben sie mancherorts einer Gesamtschule mit Oberstufe den Vorzug vor einer Sekundarschule, die mit bestehenden Oberstufen und nicht zuletzt mit Berufskollegs kooperieren würde. Neue Schulen mit Oberstufe verändern jedoch nicht nur das Lernangebot in der Sekundarstufe I, sondern treten in Konkurrenz sowohl zu bestehenden gymnasialen Oberstufen als auch zu Berufskollegs mit verknüpften Bildungsgängen (vgl. WEISHAUPT 2014, S. 18).

Diese Konkurrenz beschreiben Berufskollegs gerade angesichts der demografischen Entwicklung als problematisch, denn für die Entwicklung eines differenzierten Angebots verknüpfter Bildungsgänge wird eine Mindestzahl an Schülerinnen und Schülern benötigt. Umgekehrt könnten die Berufskollegs zu interessanten Kooperationspartnern für Sekundarschulen ohne eigene Oberstufe werden – wenn dies durch eine entsprechende Schulentwicklungsplanung gefördert wird. Hier zeigt sich, dass das regionale Schulangebot im allgemeinbildenden und im berufsbildenden Bereich mit seinen Schnittstellen integriert betrachtet und eine Vielzahl an Akteuren beteiligt werden muss.

Die Vernetzung mit (Fach-)Hochschulen

Wenn Jugendliche über verknüpfte Bildungsgänge eine Hochschulreife erwerben, stellt sich die Frage nach den Anschlussperspektiven – insbesondere dann, wenn man diese Absolventinnen und Absolventen mit Blick auf die Fachkräftesicherung an die Region binden will. Somit kommt der Vernetzung mit der regionalen Hochschullandschaft eine hohe Bedeutung zu. In den Projekt-Fallstudien berichtet der Vertreter eines Kreises, dass man die verknüpften Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen gezielt so plant, dass es Anschlussperspektiven an der örtlichen Fachhochschule gibt: »Auf diese Weise halten wir die späteren Fachkräfte in der Region«.

In einigen Regionen werden diese Übergänge systematisiert, indem Teilqualifikationen aus dem Berufskolleg im Studium angerechnet werden, wie ein Modellprojekt in Ostwestfalen-Lippe für einen Bildungsgang der Wirtschaftsfachschule an acht Berufskollegs und der Fachhochschule Bielefeld zeigt (vgl. BÖDEKER/SIEPMANN 2011): Auf der Basis einer Prüfung der Gleichwertigkeit vermittelter Kompetenzen kann bis zu etwa einem Drittel der Studienleistungen durch die Anrechnung der Schulausbildung erbracht werden (ebd., S. 91).

Eine nicht ganz so weitreichende Zusammenarbeit besteht in der Anrechnung von Klausuren, die am Berufskolleg bestanden wurden, auf anschließende Studiengänge.² Um-

² Vgl. www.nw-news.de/owl/bielefeld/mitte/mitte/9094271_Fachhochschule_erkennt_Klausuren_von_Berufskollegschuelern_als_Studienleistung_an.html (Stand: 29.07.2014)

gekehrt gibt es auch Lösungen, die es Schülerinnen und Schülern ermöglichen, an Vorlesungen und Klausuren einer Hochschule teilzunehmen und sich die erbrachten Leistungen dort später anrechnen zu lassen. Auch bei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Berufskollegs und Hochschulen kann die kommunale Bildungspolitik eine moderierende Rolle einnehmen: Die Praxis zeigt, dass der Abstimmungsbedarf hoch ist und eine Unterstützung erforderlich macht.

Ausschöpfung der Potenziale erfordert mehr Transparenz und Beratung

Eine Ausschöpfung der angesprochenen Möglichkeiten wird zu einem erweiterten Angebot der Bildungsberatung für Jugendliche (und ihre Eltern) erfordern, zum anderen die Etablierung von Kooperationsstrukturen, in denen die Schulträger einer Region, allgemein- und berufsbildende Schulen, Hochschulen und Wirtschaft gemeinsame Strategien entwickeln und umsetzen. Eine solche netzwerkorientierte kommunale Bildungspolitik birgt somit wichtige Chancen für die Entwicklung eines vielfältigen Bildungsangebots – wenn die diesbezügliche Rolle von Berufskollegs zielorientierter berücksichtigt wird, als dies bisher in den meisten Kommunen der Fall ist. ◀

Literatur

BÖCKLER, M.: Fachkräftemangel im Ruhrgebiet. Perspektiven des Arbeitskräftepotenzials in der Konkurrenz der Regionen. IAQ-Report 05-2010 – URL: www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2010/report2010-05.pdf (Stand: 29.07.2014)

BÖDEKER, J.; SIEPMANN, R.: Pauschale Anerkennung von Leistungen aus der Fachschule für Wirtschaft verkürzt das Bachelor-Studium. In: *Wirtschaft und Erziehung*, 63 (2011) 4, S. 89–92

HARNEY, K.; HARTKOPF, E.: Bildungsbeteiligung und Sozialstruktur im beruflichen Schulsystem. Ergebnisse eines Bildungsmonitorings auf der Grundlage von Schülerbestandsdaten und Schülerbefragungen. FIAB-Arbeitspapier 9. Recklinghausen 2008

IHK NRW: Anforderungen der IHK NRW an moderne und leistungsstarke Berufskollegs. Papier vom 29.01.2013 – URL: www.ihk-nrw.de/sites/default/files/news_pdf/20130129_ihk_nrw_berufskolleg.pdf (Stand: 29.07.2014)

RAHN, S.: Übergänge in der Bildungsbiografie: Die Funktion der berufsbildenden Schulen. Vortrag auf der Fachtagung »Bildungsgrenzen überschreiten – Die Rolle der berufsbildenden Schulen in der kommunalen Bildungspolitik«. 2013 – URL: www.iaq.uni-due.de/aktuell/veranstalt/2013/20130621_Fachtagung_Rahn.pdf (Stand: 29.07.2014)

RATERMANN, M.; STÖBE-BLOSSEY, S. (Hrsg.): Governance von Schul- und Elementarbildung. Vergleichende Betrachtungen und Ansätze der Vernetzung. Wiesbaden 2012

WEISHAUPT, H.: Berufliche Schulen im demografischen Wandel. Perspektiven für die strategische Weiterentwicklung. In: *BWP* 43 (2014) 2, S. 15–19 – URL: www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7225 (Stand: 29.07.2014)

Anzeige



Franz Steiner Verlag

Rolf Dubs
Unterrichtsplanung in der Praxis

2014. 199 Seiten mit 82 Abbildungen
und 84 Tabellen. Kartoniert.

€ 19,-

📖 978-3-515-10808-9

@ 978-3-515-10815-7

Rolf Dubs

Unterrichtsplanung in der Praxis

Ein Handbuch für den Lernbereich Wirtschaft

Die Tätigkeit der Lehrperson gibt den Ausschlag für den Lernerfolg der Klasse: Neben den sozialen Beziehungen ist der Variantenreichtum des Unterrichts ein entscheidender Faktor. Leider zeigt die Forschung auch deutlich, dass sich viele Lehrpersonen bei der Vorbereitung ihres Unterrichts fast nur auf die inhaltliche Seite und den Aufbau der Lektion konzentrieren. Dadurch gehen Vielgestaltigkeit, Ganzheitlichkeit und neue pädagogische Ansätze weitgehend verloren.

Dieser Tendenz will das Buch, das auf den unterrichtlichen Alltag ausgerichtet ist, entgegenwirken. Rolf Dubs gibt einleitend Hinweise für die Lehrplangestaltung im Lernbereich Wirtschaft, Recht und Gesellschaft, die für die Vorbereitung von Lektionen maßgebend sind. Der Hauptteil beschreibt theoretisch und mit praktischen Beispielen, wie eine Stunde optimal vorbereitet werden kann. Dabei werden außer den üblichen Bereichen wie Inhaltsauswahl usw. vor allem Aspekte der Metakognition, Motivation, Lernschwierigkeiten, Selbstwirksamkeit sowie angeleiteter Unterricht versus Selbststeuerung in differenzierter Weise beleuchtet. Den Abschluss bilden Anregungen zur Selbstreflexion des Unterrichts. Auf diese Weise verbindet das Buch Unterrichtstheorie und Unterrichtspraxis.

Franz Steiner Verlag

